

**Antworten Bündnis 90/ Die Grünen Mecklenburg-  
Vorpommern**

**I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung**

**1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den EU-Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und damit zur umgehenden Behebung der Milchmarktkrise beizutragen?**

Antwort: Unserer Meinung nach sollte auf dem europäischen Milchmarkt ein Kriseninterventions- und management eingeführt und das Sicherheitsnetz ausgebaut werden. Die Ursache der aktuellen Preiskrise auf dem Milchmarkt liegt in der hohen Angebotsmenge, die durch die den Ausbau der Milcherzeugung in Europa verursacht wurde. Deutschland hat zu dieser Mengensteigerung in erheblichen Maße beigetragen. Eine akute Lösung der Milchkrise kann nur durch eine Mengenreduktion erfolgen, die auf europäischer Ebene koordiniert werden muss. Als akute Maßnahmen kommen dafür eine obligatorische Mengenreduktion auf europäischer Ebene sowie weitere Anreize zur Mengenreduzierung auf betrieblicher Ebene in Frage. Die Auszahlung der durch die EU bereitgestellten Gelder für Hilfszahlungen müssen an eine Mengenreduzierung gebunden werden. Übergeordnetes Prinzip muss sein: Die Betriebe, die im Wachstum der letzten Jahre Maß gehalten haben müssen für ihr vorrausschauendes und marktkonformes Verhalten auch belohnt werden.

**2. Unterstützen Sie die Umsetzung der einstimmig gefassten Beschlüsse von der Frühjahrs-Agrarministerkonferenz in Göhren-Lebbin?**

Antwort: Der Kern der Beschlüsse von Göhren Lebbin bestehen insbesondere in der einstimmigen Forderung einer deutlichen Mengenreduzierung, und dem Bezug auf die entsprechenden Äußerungen der EU-Kommission zur Kopplung weiterer Hilfen an eine Mengenreduzierung sowie die Möglichkeit einer obligatorischen Mengenreduzierung nach Art. 221 GMO. Diese Beschlüsse werden von Bündnis 90/Die Grünen deutlich unterstützt und müssen umgesetzt werden.

**3. Stimmen Sie der BDM-Forderung zu, die Koppelung von neuerlich erforderlich gewordenen Hilfspaketen/Liquiditätshilfen an zeitlich befristete Mengenkürzungen zu binden.**

Antwort: Ja, weitere Hilfszahlungen sollten an eine zeitlich befristete Mengenreduzierung gebunden werden um einen wirksamen Mengeneffekt zu erreichen.

**4. Um nachhaltig einen stabilen europäischen Milchmarkt zu erhalten, hat der BDM e.V. mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept Vorschläge zur Verhinderung sich regelmäßig wiederholender Milchmarktkrisen vorlegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen?**

Antwort: Der europäische Milchmarkt erfordert dringend ein besseres Sicherheitsnetz und ein Krisenmanagementprogramm. Dem Vorschlag des BDM/EMB in Zeiten von Marktkrisen durch zeitlich befristete Maßnahmen die Menge zu reduzieren stehen Bündnis 90/Die Grünen deshalb positiv gegenüber. Wichtigstes Ziel muss sein, grundsätzlich ein Funktionieren des Milchmarktes zu gewährleisten, so dass eine Anpassung der Menge an die Nachfrage über den Markt möglich ist. Gleichzeitig dürfen Marktkrisen nicht dazu führen, dass volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe entstehen und eine nachhaltige Erzeugung von Milch in einer ausgewogenen Erzeugerstruktur Schaden nimmt. Ein europäisches Krisenmanagementsystem kann nur im begrenzten Maße über öffentliche Gelder zur Mengenreduzierung funktionieren und darf ebenfalls nicht als Anreiz wirken, die Produktion über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinaus auszubauen und dadurch das Preisniveau dauerhaft so niedrig zu halten, das eine kostendeckende Milcherzeugung in bäuerlichen und tierfreundlichen Strukturen nicht mehr möglich ist.

**5. Die EU-Kommission geht laut einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung von einem möglichen Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent bis 2020 aus. Erst danach könnte sich ein Milcherzeugerpreis von über 35 Cent je Kilogramm einstellen. Sieht Ihre Partei ein solches**

**Milchpreisniveau für realistisch und ausreichend an, die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?**

Antwort: Unter den Produktionsbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern (großflächige Erzeugung in großen Tierbeständen) sollte wahrscheinlich selbst bei einem Preisniveau von 35 Cent die Milcherzeugung auch langfristig rentabel sein. Bündnis 90/Die Grünen halten jedoch ein Preisniveau von 35 Cent für nicht ausreichend um auch kleineren, bäuerlichen Betrieben unter stärkerer Berücksichtigung von mehr tierfreundlichen Haltungsverfahren in kleineren Beständen und einer Verarbeitung und Vermarktung in kleineren Strukturen, wie es unserem landwirtschaftlichen Leitbild entspricht, ein kostendeckendes Wirtschaften zu ermöglichen. Dies ist jedoch Ziel von Bündnis 90/Die Grünen.

**6. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht ein markantes Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, besonders im genossenschaftlichen Bereich. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?**

Antwort: Angesichts der Marktmacht und der Konzentration in den verarbeitenden Strukturen und im Lebensmitteleinzelhandel müssen Erzeuger in ihrer Verhandlungsmacht gegenüber den verarbeitenden Strukturen und dem Lebensmittelhandel gestärkt werden. Deshalb müssen wettbewerbsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, um Erzeuger zu stärken. Die Wirksamkeit und Umsetzbarkeit wettbewerbsrechtlicher Maßnahmen sind leider begrenzt, müssen jedoch bis an die Grenzen genutzt werden. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich deshalb darüber hinaus für die Förderung des Aufbaus kleinerer, neuer regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, die Förderung von Hochqualitäts-Produkten wie Weidemilch, gentechnikfreier Milch, eine Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung ab Hof bzw. in Kooperation mit örtlichen Partnern zur Schaffung regionaler Produkte mit hoher regionaler Identität und Wertschöpfung ein.

**7. Mit welchen Mitteln und Wegen will Ihre Partei im Bereich der Milchproduktion die speziellen Gegebenheiten des Landes Mecklenburg - Vorpommern begleiten?**

Antwort: Bündnis90/Die Grünen möchten entsprechende Programme zur Förderung der Weidehaltung und anderer tierfreundliche Haltungsverfahren, zur Förderung des ökologischen

Landbaues und der ökologischen Tierhaltung und zur Stärkung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung von regionalen Produkten mit regionaler Identität und hohem Wertschöpfungspotential stärken. Außer der Ab-Hof-Vermarktung (an geeigneten Standorten) müssen viel stärker Kooperationen der Landwirtschaft mit örtlichem Handel und Logistik, verarbeitendem Handwerk, Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Kantinen, Schul- oder Kitaverpflegern initiiert werden. Neu zu schaffende Erzeuger- und Verarbeitungsgemeinschaften, Vermarktungsnetzwerke und innovative Dienstleister, die z.B. auch übers Internet ihre Waren an die Menschen bringen oder realen und virtuellen Laden kombinieren bzw. Dorftreffpunkte oder multifunktionale Häuser als Andockpunkt nutzen, sind ein Weg, um den Landwirten in unserem Land krisenfestere, zusätzliche Absatzwege zu öffnen. Neben dieser transparenten regionalen Vermarktung muss gleichermaßen die Vermarktung durch ein offensives Marketing in die Metropolen auch außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns mit mehr starken Dachmarken für unverwechselbare Qualitätsprodukte aus unserem Bundesland vorangetrieben werden.

**8. Was wird unternommen, um die landwirtschaftliche Ausbildung junger Leute attraktiver zu gestalten, um sie als Nachwuchs zu gewinnen?**

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen halten die Attraktivität des ländlichen Raumes für zentral um junge Menschen in der Region zu halten. Die Landwirtschaft hat dabei eine zentrale Rolle für die Attraktivität und als Arbeitsperspektive. Um die Ausbildung und Arbeit in der Landwirtschaft attraktiv zu gestalten ist ein ausreichendes und gutes Lohnniveau und eine hohe Wertschätzung und gesellschaftlichen Anerkennung der landwirtschaftlichen Tätigkeit von großer Bedeutung. Daneben ist die Aufrechterhaltung des kulturellen Angebote, der Infrastruktur und von Dienstleistungen und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten notwendig um insbesondere jungen Menschen eine Perspektive zum Hierbleiben zu bieten.

**9. Können in naher Zukunft die Milchviehbetriebe auch weiterhin investieren und neben den wertvollen Kulturlandschaften sowie ausgewiesenen Landschaftsschutzgebieten existieren, ohne von den hohen umweltauflagen wirtschaftlich abgewürgt zu werden?**

Antwort: Eine nachhaltige Landwirtschaft, Naturschutz und Umweltschutz sind in gleichen Maße wichtige politische Ziele, die sich ergänzen müssen, um letztendlich

Einkommensmöglichkeiten und Wertschöpfung und attraktive Lebensmöglichkeiten im ländlichen Raum zu generieren. Bündnis 90/Die Grünen sehen die Synergieeffekte einer nachhaltigen bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft für Umwelt- und Naturschutz und gleichzeitig die positiven Effekte einer gesunden und attraktiven Umwelt für die Landwirtschaft und die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten durch Diversifizierung und regionale Hochqualitätsprodukte mit hoher Wertschöpfung und regionaler Identität. Vor dem Hintergrund der aktuellen Milchpreiskrise muss festgestellt werden, dass der Ausbau von Produktionsmenge, die reine Orientierung auf den Export, reine Kostenführerschaft und immer stärkere Rationalisierung zur dramatischen Situation und immer stärkeren Abhängigkeit der Erzeuger von Molkereien beigetragen hat deshalb deutlich kritisch gesehen werden muss. Bündnis 90/Die Grünen sehen deshalb Investitionen in die Landwirtschaft, die gleichermaßen Umwelt, Kulturlandschaften und Landschaft erhalten und schützen und diese als Wertschöpfungspotential für eine ausgewogene und attraktive Landwirtschaft betrachten als sehr wichtig an setzen sich für eine Investitionsförderung in diesem Sinn ein.

## **II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017**

**1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?**

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine gerechter Verteilung der Agrarfördergelder ein und fordert deshalb eine maximal mögliche Umschichtung zugunsten der ersten Hektare um kleinere und mittlere Betriebe deutlich stärker zu fördern als bisher.

**2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?**

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine maximale Umschichtung der

Direktzahlungen in Höhe von 15 Prozent in die zweite Säule ein, um diese Mittel zu qualifizieren und eine direkte Förderung einer nachhaltigen, bäuerlichen, ökologischen und tierfreundlichen Landwirtschaft sowie des Natur- und Landschaftsschutz zu ermöglichen.

**3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Bezahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?**

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen steht hinter dem Prinzip „Gesellschaftliche Gelder für gesellschaftliche Leistungen“ für die Verteilung von Agrarförderungsgeldern und lehnen eine blinde Verteilung von Agrarförderungsgeldern über die Fläche ab. Leistungen der Landwirtschaft zur Generierung von Umweltleistungen, wie z.B. Biodiversität, die Erhaltung von wichtigen und attraktiven Kulturlandschaften etc. erfordern zusätzliche Aufwendungen, die ausgeglichen werden müssen. Auch der Umbau der Tierhaltung zugunsten besonders tierfreundlicher Haltungsverfahren generiert gesellschaftlichen Zusatznutzen und ist auf betrieblicher Seite mit zusätzlichen Kosten verbunden, die ausgeglichen werden müssen.

**4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?**

Insbesondere kleinere und mittlere Betriebe beschäftigen oft mehr Personen auf die Fläche gerechnet. Die Umschichtung von Mitteln auf die ersten Hektare ist von daher auch hinsichtlich der Berücksichtigung des Faktors Arbeitskraft von Bedeutung.

**III. Freihandelsabkommen (Ceta, TTIP u.a.):**

**1. Wie steht Ihre Partei zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA beziehungsweise auch mit anderen Ländern?**

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen sehen das geplante Freihandelsabkommen äußerst kritisch. Insbesondere die mangelnde Transparenz und Einbindung demokratischer Institutionen und der Bevölkerung sehen wir deutlich kritisch. Im Weiteren sind die hohen Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards bei einem Abschluss des Freihandelsabkommens durch

Klagemöglichkeiten von außereuropäischen Unternehmen betroffen. Für die Landwirtschaft besteht die Gefahr, dass hohe europäische Standards im Bereich Tierschutz und Umwelt aufgeweicht werden und die europäischen Märkte mit Produkten unter Druck gesetzt werden, die zu niedrigeren Standards erzeugt wurden. Darüber hinaus sehen B90/Die Grünen es kritisch, dass durch eine weitere Förderung von Exporten und Importen die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf den Weltmarkt vorangetrieben wird und nicht eine Landwirtschaft für eine regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung mit Hochqualitäts-Produkten und hoher regionaler Wertschöpfung. Den dadurch verstärkten Druck auf die eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft durch einen verstärkten Strukturwandel sehen wir äußerst kritisch.

## **2. Kann sich Ihre Partei vorstellen, die Landwirtschaft aus den jeweiligen Verhandlungen auszuklammern?**

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für einen starken Schutz der bäuerlichen und ökologischen Erzeugerstrukturen ein. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich deshalb unter den aktuellen Bedingungen der vollkommen mangelhaften Transparenz über Inhalte des geplanten Abkommen für einen Abbruch der Verhandlungen ein. Im Falle eines Neustarts muss sehr genau geschaut überlegt werden, in welchen Bereichen der Handel liberalisiert werden soll. Grundsätzlich setzen sich Bündnis 90/Die Grünen für einen Schutz, sensibler Bereiche und gegen eine Liberalisierung des Agrarsektors, die zu Lasten der Ökologisierung der Landwirtschaft geht, ein.

[https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/fraktion/beschluesse/160426-beschluss-fairer-handel.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/160426-beschluss-fairer-handel.pdf)

## **IV. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene**

### **1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?**

**- Wie stehen Sie zu der Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe (Antrag B90/Die Grünen).**

Antwort: Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für die Einführung der Hoftorbilanzierung, die

Einbeziehung von Gärresten aus Biogasanlagen in die Obergrenze für ausbringbaren Stickstoff und die Einführung des so genannten Datenabgleiches ein, damit die Bundesländer in die Lage versetzt werden, Daten auf Plausibilität zu überprüfen und wirksame Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Die Hoftorbilanz ist ein wichtiges Instrument zur Feststellung der genauen Nährstoffbilanz und zur Identifizierung umweltgefährdender Nährstoffüberschüsse von Betrieben. Dadurch wird das Verursacherprinzip umsetzbar. Die Gesamthaftung der Landwirtschaft für umweltgefährdende Nährstoffeinträge wird so vermieden, so dass sich umweltneutral verhaltende Betriebe nicht für die negativen Umweltfolgen anderer Betriebe haftbar gemacht werden können. Die Einbeziehung der Gärreste aus Biogasanlagen in die Obergrenze von 170 kg N/ha und Jahr für den ausbringbaren Stickstoff ist notwendig, weil eine intensive Tierhaltung sehr häufig von einer hohen Anzahl von Biogasanlagen begleitet wird und es in Regionen mit einer hohen Konzentration von Nutztieren und Biogasanlagen folglich zu hohen Nährstofffrachten, wenn sowohl Gülle als auch Gärsubstrate ausgebracht werden. Das im aktuellen Entwurf vorgesehene Ausbring-Verbot von Festmist vom 15. November bis 31. Januar sehen wir kritisch und setzen uns für eine Streichung ein.

**2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?**

Antwort: Wir setzen uns für eine größere Wertschätzung von Lebensmitteln ein. Besonders die Verkaufspreise bei tierischen Produkten wie Fleisch und Milch bilden meistens nicht die realen Kosten ab. Um die Tierhaltung weiterentwickeln und fairer gestalten zu können, muss das Preisdumping aufhören. Dauerhaft gute Qualität mit fairen Preisen für die Tierhalter und artgerechte Haltungsbedingungen für die Tiere geht mit Preisschlachten an der Ladentheke nicht zusammen. Damit die Verbraucherinnen und Verbraucher dabei mitziehen und nicht zum billigsten Angebot greifen, muss das Angebot differenziert werden. Die Herkunfts- und Haltungskennzeichnung gibt den Verbrauchern die Möglichkeit, sich bewusst für mehr Tierwohl und auskömmlicher Erzeugerpreise zu entscheiden.

**3. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte Handlungsbedarf bei der Nutztierhaltung fest. Sieht Ihre Partei**



**Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche  
Vorstellungen zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme hat  
Ihre Partei?**

Antwort: Der Wissenschaftliche Beirat beschied in seinem Gutachten aus dem Frühjahr 2015, dass in der vorherrschenden Tierhaltung in Deutschland „ein hohes Risiko für das Auftreten von Schmerzen, Leiden und Schäden für die Tiere“ bestehe. Die Tierhaltung in Deutschland habe sich zu weit von der Gesellschaft entfernt. Wir stimmen mit dem Beirat überein, dass mehr Tierschutz und faire Erzeugerpreise notwendig, machbar und bezahlbar sind. Wir haben ein Papier entwickelt, wie die Tierhaltung in Deutschland in 20 Jahren tierfreundlich gestaltet werden kann. Wir setzen auf eine Politik der machbaren Schritte, die ein klares Ziel im Blick hat. Veränderungen finden nicht mit der Brechstange statt, sondern unter Rahmenbedingungen, die für Landwirtschaft und Handel Planungssicherheit und für die Verbraucherinnen und Verbraucher Transparenz und Sicherheit bieten. In unserem „Pakt für faire Tierhaltung“ zeigen wir auf, wie die Mehrkosten für mehr Tierwohl und eine Tierhaltung mit Zukunft kurz- bis mittelfristig finanziert werden können. Wir wollen EU-Gelder für Tierschutz in der Landwirtschaft verwenden, Tierfreundliche Haltungsbedingungen fördern und Finanzierung der zukunftsfähigen Tierhaltung aus dem Bundeshaushalt erwirken. Detaillierten Angaben:

[https://www.gruene-  
bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/themen\\_az/agrar/Faire\\_Tierhaltung.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/agrar/Faire_Tierhaltung.pdf)